

Gemeinderatsfraktion der FPÖ St. Pölten
Purkersdorferstrasse 38
3100 St. Pölten

An den
Bürgermeister der Stadt St. Pölten
Mag. Matthias Stadler
Rathausplatz 1
3100 St. Pölten

St. Pölten, am 22.03.2023

**Dringlichkeitsantrag gemäß § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den
Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten**

**Betreff: Schluss mit Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine, her mit
ernst gemeinten Friedensverhandlungen**

Begründung der Dringlichkeit:

Eine Million Artilleriegeschosse für die Ukraine will die EU gemeinschaftlich anschaffen. Zwei Milliarden Euro sollen dafür aus den Mitteln der EU-Friedensfazilität verwendet werden. Was es im Ukraine-Krieg dringend braucht, sind echte Friedensverhandlungen, damit das Blutvergießen auf beiden Seiten so schnell wie möglich ein Ende hat. Hier wäre das volle politische Gewicht der EU gefragt, um die Kriegsparteien endlich an einen Verhandlungstisch zu bringen. Das liegt anscheinend nicht im Interesse der Rüstungsindustrie, aber im Primärinteresse Europas. Mit neuer Munition wird Krieg weiter verlängert, nicht verkürzt. Es sollten alle Kräfte darauf verwendet werden, zu einem Waffenstillstand und Frieden zu kommen. Denn mehr Waffen und mehr Panzer heißt noch mehr tote Soldaten und unschuldige Zivilisten. Die Bundesregierung muss daher die österreichischen Zahlungen in den Friedensfazilitäts-Topf der EU sofort stoppen, weil aus unserer Sicht nicht garantiert werden kann, dass nicht auch Geld aus Österreich für den Ankauf von Munition und Waffen verwendet wird - und das wäre gegen unsere Neutralität.

Wenn die EU nicht bald umdenkt, dann wird dieser Krieg noch Jahre dauern - und es ist aufgrund der Politik des Westens auch die große Gefahr, dass sich die

kriegerischen Handlungen weiter ausbreiten werden und dies im schlimmsten Fall zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Das muss um jeden Preis verhindert werden. Würde man mit Putin verhandeln, könnte man zur Deeskalation beitragen und einen Friedenskonvent einfordern. Schluss mit Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine, her mit ernst gemeinten Friedensverhandlungen.

Der Gemeinderat möge daher Folgendes beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten richtet im Sinne der Antragsbegründung eine Resolution an die Bundesregierung. Die ÖVP/Grün-Bundesregierung muss daher die österreichischen Zahlungen in den Friedensfazilitäts-Topf der EU sofort stoppen, damit wir keine weiteren Waffen und Munition damit finanzieren. Weiters soll die Bundesregierung unseres neutralen Österreichs alles unternehmen, um die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu bringen.